

Im Rahmen der Buch- und Kulturmesse des CLAE in Luxemburg-Stadt  
Samstag, den 25. Februar 2023

## Manfred SAPPER

### „Testfall Ukraine – Russlands Krieg, der Westen und die Wege zum Frieden“

In seiner Einleitung zum Thema, erinnert Claude Pantaleoni, Präsident von Ad Pacem, daran, dass vor genau einem Jahr Russland das Nachbarland Ukraine angegriffen hat, mit dem Ziel diesen Staat zu zerstören, um den UkrainerInnen jede Daseinsberechtigung als Volk wegzunehmen. Mit Lügen und Geschichtsfälschungen versucht Putin seitdem, sein Vorhaben vor seinem Volk zu rechtfertigen. Die europäische Friedensordnung ist aufs Höchste gefährdet. Um in dieser Kriegssituation die Schwächen und Stärken Europas und die möglichen Szenarien für die Beendigung des Krieges auszuloten, hat der Vorstand von Ad Pacem Herrn Sapper von der ältesten osteuropäischen Monatszeitschrift zu diesem Vortrag eingeladen.

Herr Sapper hat osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaften studiert. Unter seiner Leitung hat die Zeitschrift „**Osteuropa**“ mehrere Preise erhalten. Die bekanntesten davon sind der „Dialogpreis“ der Deutsch-Polnischen Vereinigung und der „Karl-Wilhelm-Fricke-Preis“ der Bundesstiftung Aufarbeitung. Ein für Westeuropäer wichtiges Anliegen der interdisziplinären Zeitschrift liegt darin, die verschiedenen geschichtlichen Realitäten der Osteuropäer besser bekannt zu machen

Nach der Begrüßung und Vorstellung des Gastes bittet Pantaleoni alle Anwesenden im Raum aufzustehen, um in **einer Minute der Stille** der Verletzten und Toten, zu denen der russische Angriffskrieg im ersten Jahr geführt, zu gedenken.

### Warum Waffenlieferungen an die Ukraine?

Der NATO-General Jens Stoltenberg fordert seit Beginn des Krieges mehr Waffenlieferungen für die Ukraine, damit der Sieg gegen Russland auf dem Schlachtfeld erfolgt. Daher die Frage an Sapper, ob der Sieg nur auf dem Schlachtfeld zu erlangen sei.

Sapper erinnert daran, dass für die europäische Staatengemeinschaft und allgemein für den Westen Angriffskriege insgesamt verboten sind. Dies ist in der Charta der Vereinten Nationen geregelt und daran gibt es keine Zweifel. Allerdings regelt Artikel 51 dieser Charta, dass Verteidigungskriege gerechtfertigte Kriege sind und jeder angegriffene Staat das Recht darauf hat, auf die Unterstützung anderer Staaten zu hoffen und sie auch zu erfahren. Als die russische Föderation am 24. Februar 2022 die Ukraine angegriffen hat, ist, aufgrund dieses Artikels, die militärische Unterstützung organisiert worden, und ohne, dass ein Kriegsziel auf Seiten der Europäer, der USA oder der Briten bestanden hat. Es war die banale Überlegung, dass der Angegriffene das Recht hat, sich zu wehren und unterstützt zu werden, wenn seine Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität verletzt werden. Bis heute ist mit den Waffenlieferungen aber nicht klar, was das Ziel ist. Es gibt einen Unterschied zwischen den Interessen der Ukraine und den Interessen der USA oder der

europäischen Staaten. Diese Interessen lassen sich an den kleinen semantischen Differenzen von Politikern in Frankreich, in Luxemburg, in Deutschland oder in Polen festmachen: Die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren oder Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen oder Russland muss diesen Krieg verlieren – dies sind drei verschiedene Schlüssel oder Interpretationen, wobei offensichtlich ist, dass ohne militärische Hilfe des Westens die Ukraine seit Mitte März (2022) zerstört wäre, Zehntausende, die zur politischen Elite gehören oder sich gewehrt hätten, umgebracht, Hunderttausende deportiert oder in Filtrationslager gebracht worden wären, so wie es seit dem ersten Angriffskrieg in der Ostukraine 2014 passiert. Dort, wo die ukrainische Armee sich zurückgezogen hat, und kein Frieden eingetreten ist, sind Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen worden, wie in Butscha, in Isjum und in anderen Städten, im Norden Kiews und im Nordosten im Gebiet Charkiw oder in den Gebieten, in denen seit 2014 gekämpft wird. Es darf nicht vergessen werden, dass der Krieg jetzt im neunten Jahr ist und in diesen Jahren in den russisch besetzten Gebieten etwa 15.000 Menschen umgebracht worden sind. Dies ist der Grund, warum der Westen, insbesondere die Briten, die Amerikaner und zunehmend auch die Mitglieder der NATO und der Europäischen Union Waffen liefern.

### **Lernen aus der ersten russischen Besetzung**

Die Frage, warum es große Zeitverzögerungen bei den Waffenlieferungen aus Europa gebe, beantwortet Sapper mit der Erklärung, dass seit der Annexion der Krim durch die „grünen Männchen“, die in Wirklichkeit russische Spezialeinheiten des GRU (= russischer militärischer Geheimdienst) gewesen sind, Briten, US-Amerikaner und Kanadier ein großangelegtes Ausbildungsprogramm zur Stärkung der Kampfkraft der ukrainischen Armee durchgeführt haben. Denn diese hat 2014 auf der Krim und in der Ostukraine sang- und klanglos kapituliert. Mit den britischen, nordamerikanischen und kanadischen Militärausbildern haben sich Kommunikationskanäle und -wege einspielen können, die seit dem 24. Februar 2022 auch die Waffenlieferungen aus diesen Ländern schnell ermöglicht haben. Die Verantwortlichen dieser Länder haben auch als Erste verstanden, dass die Ukraine unbedingt militärische Unterstützung braucht. Nicht die politischen Schwergewichte der Europäischen Union und die relativ starken europäischen Nuklearmächte Frankreich und England haben militärische Hilfe angeboten, sondern es haben der Ukraine vor allem die baltischen Kleinstaaten, (1941 besetzt), die Slowakei und Tschechien, (1938 besetzt) und Polen (1939 Opfer des Hitler-Stalin-Paktes) geholfen, die alle selbst mit dem Verlust der eigenen Souveränität negative Erfahrungen mit der Sowjetunion gemacht haben.

Erst daran anschließend hat sich in der Europäischen Union langsam ein Umdenken vollzogen. Als Deutschland, das sich aus allen Kampfgebieten hat heraushalten wollen, der Ukraine am Anfang des Krieges 5.000 Helme anbot, war dies in den Augen der Ost- und Mitteleuropäer lächerlich, da sie sich viel entschiedener auf die Seite des Angegriffenen gestellt haben.

### **„Nie wieder Krieg!“ – nicht überall so!**

Die Frage, warum es ein Jahr braucht, um Panzer in die Ukraine zu liefern, beantwortet Sapper damit, dass die historischen Erinnerungen und politischen Kulturen der europäischen Staaten extrem unterschiedlich sind. Entscheidend bleibt die Frage, welche Erinnerung der

Krieg in der politischen Kultur eines jeden Landes bis heute hat. Vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung gilt somit für Deutschland heute Folgendes: Da es für den Ersten Weltkrieg maßgeblich verantwortlich gewesen ist und auch den Zweiten Weltkrieg verursacht hat, ist für die Deutschen daraus der kategorische Imperativ „Nie wieder Krieg!“ geworden. In der kollektiven Erinnerung der Deutschen ist heute Krieg gleich Angriffskrieg. Also hält man sich heraus.

Natürlich sieht es komplett anders aus der Perspektive Polens aus, das am 1. September 1939 von Nazideutschland und, was wir Westeuropäer in der Regel nicht wissen, am 17. September desselben Jahres von der Sowjetunion überfallen wurde. Die Polen befanden sich plötzlich zwischen Hammer und Amboss. Am besten zeigt dies Andrzej Wajdas Film „Katyn“, in dem die Menschen vom Westen aus der Wehrmacht und vom Osten her von der Roten Armee angegriffen werden. Ähnlich haben es die Balten erlebt, als sie sich zwischen den Truppen Hitlers und Stalins befunden haben, die beide ihr Land besetzen wollten. Dies erklärt, warum in Deutschland, in Frankreich und in Spanien eine andere Bereitschaft besteht, um der Ukraine militärischen Beistand zu leisten. Diejenigen, die zum sowjetischen Machtbereich gehört haben, diejenigen, die dort den Verlust ihrer eigenen Souveränität erlebt haben, haben sofort den russischen Angriffskrieg verstanden. Die Länder, die in Westeuropa während des Zweiten Weltkriegs besetzt worden sind, haben nicht dieses grundsätzliche Problem wie Deutschland damit gehabt, auch achtzig Jahre später, die Legitimität des Verteidigungskriegs anzuerkennen. Zum Zeitpunkt dieser Konferenz verläuft an Berlins Brandenburger Tor eine Friedensdemo mit Freundinnen von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht unter dem Motto „Nie wieder Waffenlieferungen“. Diese Aktivisten machen faktisch, so Sapper, die Ukraine zum Täter und Russland zum Opfer, was eine empörende Umkehrung der Realität ist. Eine solche Diskussion könnte es in Polen nie geben.

### **Begrenzter atomarer (Klein)Krieg**

Man hört in vielen europäischen Staaten die Behauptung, dass die Ukraine an sich zum Scheitern verurteilt ist, weil das Land kleiner ist und nicht das militärische Potenzial Russlands hat. Die kleine Ukraine (40 Millionen Einwohner) kann den großen Nachbarn Russland (140 Millionen Einwohner), der territorial 21-mal größer ist, nie besiegen. Die Ukraine ist keine Nuklearmacht wie Russland. Gegen eine Nuklearmacht kann man keinen Krieg gewinnen. Diese Argumentation ist für Herrn Sapper „hohl“ und er wundert sich, warum die Journalisten, die diese Argumentation verbreiten, nicht nachdenken. Denn die Entkolonialisierungskriege des 20. Jahrhunderts haben gegen Nuklearmächte stattgefunden: Algerien hat gegen Frankreich gewonnen, Vietnam hat gegen die USA gewonnen, die Sowjetunion hat in Afghanistan gegen die Mujahedin verloren. Historisch ist dieses Argument somit nicht haltbar.

Sapper weiß nicht, was wirklich in Putins Kopf vor sich geht. Die Frage, wann Atombomben eingesetzt werden, beantwortet Sapper mit dem Beispiel der USA, die sie in Japan über Hiroshima und Nagasaki am 8. und 9. August 1945 abgeworfen haben, um Macht zu demonstrieren. Russlands Nuklearstrategie sieht vor, die Nuklearwaffen einzusetzen, wenn die Existenz des Staates bedroht ist. Wann diese Existenzbedrohung der Fall ist, wissen wir nicht. Putin hat 2022 mit den Nuklearwaffen gedroht, als die russische Armee mit ihren konventionellen Waffen in Bedrängnis geraten ist. Er hat versucht, mit der Drohung der Nuklearwaffen Angst bei den Unterstützern der Ukraine zu schüren, bei denen diese

Abschreckung funktioniert. Bei den Staaten Mittel- und Osteuropas, die zum kommunistischen Reich gehört haben, wirkt diese Abschreckung jedoch nicht, weil sie wissen, wie die russischen Geheimdienstler und deren Militärführung denken und dass sie durch Einschüchterung sich durchsetzen wollen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es einen Einsatz von Nuklearwaffen gibt, ist relativ gering im Osten der Ukraine, weil dort die unmittelbaren Kollateralschäden bei etwa 250 Tagen Westwind im Jahr auch für russische Grenzgebiete schwerwiegend sein würden. Hier wirkt also die Selbstabschreckung. Bis heute gibt es zwischen Amerikanern und Russen eine übergeordnet funktionierende vereinbarte Abschreckung, die die nukleare gegenseitige Vernichtungsfähigkeit verhindert. Sie wird mit der Abkürzung „MAD“ bezeichnet, was so viel heißt, wie „mutual assured destruction“. Im Moment würde es militärisch keinen Sinn für Russland ergeben, die Nuklearwaffe einzusetzen. Davon würde Russland überhaupt nicht profitieren. Sapper stuft die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Atomwaffeneinsatzes als sehr gering ein. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass Russland immer mehr damit droht, wird größer werden, je mehr Russland militärisch mit konventionellen Waffen auf dem Schlachtfeld der ukrainisch annektierten Gebieten Luhansk, Donezk, Saporischschja, Cherson und der Krim in Bedrängnis gerät.

### **Ist ein NATO – Einsatz in der Ukraine möglich?**

Auf die Frage, ob ein NATO-Einsatz in der Ukraine wie im Krieg gegen Serbien, wo er ein Ende des Krieges herbeigeführt hat, denkbar sei, beantwortet Sapper mit einem klaren Nein, weil es sich um zwei ganz verschiedene Konstellationen handelt. Der Jugoslawienkrieg war ein Bürger- und Auflösungskrieg einer Föderation, die durch die starke serbische Dominanz des Titoismus zusammengehalten worden ist. Russland war damals nicht Kriegspartei. Jetzt ist Russland aber direkte Kriegspartei. Die Amerikaner werden die Ukraine nur so stark und so lange unterstützen, wie die USA und Europa nicht direkt in den Krieg gegen Russland hineingezogen werden. Die NATO und die Ukraine haben unterschiedliche Interessen gegenüber Russland. Auch wenn die Ukraine alles daransetzt, den Westen militärisch, wirtschaftlich und politisch auf seine Seite zu ziehen, wird dies nie zu einer Intervention der NATO dort führen.

Die Amerikaner stellen der Ukraine Aufklärungsdaten zur Verfügung wie bei der Versenkung des russischen Kreuzers Moskwa im Schwarzen Meer, bei der die Aufklärungsflüge dem ukrainischen Militär die nötigen Daten geliefert haben. Die Amerikaner wissen, wann ein russischer Oberbefehlshaber sich in die besetzten Gebiete begibt, und sie sagen dem ukrainischen Militär, dass der nicht angegriffen werden darf. Denn die Russen wissen, dass dies nur dank der Vermittlung der amerikanischen Aufklärungsdaten möglich ist. Soweit lassen die Amerikaner die Eskalation des Krieges nicht zu. Als sich der amerikanische Präsident Joe Biden in Kiew mit Selensky auf offener Straße gezeigt hat, sind Russen davon vorher in Kenntnis gesetzt worden, damit sie keinen Angriff auf Kiew unternähmen. Diese Kommunikationskanäle laufen weiter und es wird keinen NATO-Einsatz geben, außer es kommt zu einem (fehlgeleiteten) Angriff Russlands auf NATO-Gebiet, so wie es durch einen Marschflugkörper auf polnisches Gebiet im Herbst 2022 geschehen ist. Dieser Zwischenfall ist, Sapper zufolge, bis heute nicht aufgeklärt worden. Offiziell heißt es, dass es sich um eine abgestürzte ukrainische Rakete handele, die russische Marschflugkörper abgeschossen habe.

Der amerikanische Präsident hat bei seinem Ukrainebesuch klar gesagt, dass ein Angriff auf Polen oder auf die baltischen Staaten, laut Artikel 5, eine militärische Intervention der NATO bedeute. Seit der Kubakrise vor sechzig Jahren hat sich die NATO in keiner ähnlich gravierenden Situation befunden.

### **Blitzkrieg Russlands fehlgeschlagen**

„Ist Putin von Generälen und von einem FSB umgeben, die ihn hundertprozentig unterstützen, oder ist in Zukunft mit Spaltungen in seinem Beraterkreis zu rechnen?“ Auf diese Frage antwortet Sapper mit dem Hinweis, dass die Aufklärungsunterlagen des FSB an Putin ein Debakel produziert haben. Sie sind davon ausgegangen, dass mit einem Blitzkrieg von drei bis vier Tagen, wie 2008 in Georgien die Ziele erreicht würden. Sie haben nicht den Mentalitätswandel der Ukrainer und den Wandel der militärischen Leistungsfähigkeit in Folge der vergangenen acht Jahre Krieg bedacht. Die ukrainische Armee hat, nach westlichem Vorbild, ihre Kriegsführung geändert. Sie haben eine Dezentralisierung und eine geänderte Verantwortungsstruktur im militärischen Bereich vorgenommen. Dies hat dazu geführt, dass die ukrainische Armee, obwohl weit unterlegen, als die russischen Militärkolonnen von Norden, Osten und Südosten ins Land eingerückt sind mit kleinen, unabhängig voneinander agierenden Einheiten die russischen Verbände aufgerieben hat. Damit hatte keiner gerechnet. Die Russen sind davon ausgegangen, dass ihre Eliteeinheiten der Luftlandetruppen (Fallschirmjäger) auf dem nördlich von Kiew gelegenen Flughafen Hostomel landen würden, um von dort in Kürze einen Putsch in Kiew durchzuführen, um das ukrainische Regime zu stürzen und es durch ein russlandfreundliches zu ersetzen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat bis jetzt zehntausenden russischen Soldaten das Leben gekostet. Es gibt Konflikte diesbezüglich in der russischen Eliteführung, die im Westen normalerweise für geschlossen betrachtet wird. Es gibt Konflikte zwischen den Geheimdienstlern, die für die Fehler verantwortlich sind, und den Verantwortlichen der Truppen, deren Soldaten sterben. Denn nach zehn Wochen Krieg hat Russland mehr Soldaten verloren als die Sowjetunion nach zehn Jahren in Afghanistan. Diese Konflikte sind objektiv gegenwärtig. „Putin müssen wir uns als Schiedsrichter vorstellen“, so Sapper, denn „er ist nicht der dominante Diktator, der alles unter Kontrolle hat, sondern unterschiedliche Interessengruppen haben ihre Position und bringen sie ein in das politische Tauschgeschäft.“

### **Mögliche Beendigung des Krieges**

„Jeden Morgen beginnt Putins Tag mit der Lektüre von drei Dossiers. Das erste, vom FSB, informiert über die allgemeine Lage in der Welt. Das zweite ist vom Auslandsgeheimdienst über die Entwicklung in den anderen Ländern und das dritte ist der föderale Schutzdienst (eine Abteilung des Geheimdienstes), der nichts anderes macht, als die russischen Eliten zu kontrollieren. Hier werden z.B. die Konflikte zwischen der Wagnertruppe und der Armee oder zwischen den tschetschenischen Kämpfern (Kadirowszy) und der Armee behandelt. Eine mögliche Beendigung des Krieges sieht Sapper genau auf dieser Ebene, auf der sich eine Spaltung ereignen kann, nämlich dann, wenn die Kosten und Opfer für diesen Krieg von den Eliten nicht mehr getragen werden. Wenn die Angst vor Putin weniger wichtig wird als die Angst vor zu hohen Kriegskosten, könnten die russische Eliten für eine Beendigung eintreten. Hier wird sich, Sapper zufolge, in den nächsten Wochen und Monaten Putins

autoritäre Regimestabilität bewähren (müssen). Daraus schlussfolgert er, dass die Ukraine über diesen Winter 2023 so militärisch ausgestattet werden sollte, dass sie nicht bei der nächsten russischen Offensive komplett zerstört und in Schutt und Asche zerlegt wird. Es muss hingegen so sein, dass die Kosten für die russischen Eliten so hoch werden, dass eine Fortsetzung des Krieges für sie keinen Sinn macht und es vernünftiger wird, ihn zu beenden. Dies ist eine realistische Aussicht.

Ein Zuhörer im Saal behauptet, dass dieser Krieg weder im Interesse der Ukraine, noch im Interesse Russlands oder des Westens sei. Er sei im Interesse anderer Gruppierungen. Er fragt Sapper, den er als Demagogen bezeichnet, weil er Wagenknechts und Schwarzers Manifest herunterspielt, warum dieser Krieg nicht verhindert werde.

## **Revisionismus im imperialen Russland**

Sapper erwidert, indem er Albert Einstein und Bertrand Russell zitiert, denen schon bewusst war, dass der Nationalsozialismus nicht durch eine grundlegend pazifistische Gesinnungshaltung zu bekämpfen sei. Die militärische Unterstützung Polens und die militärische Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Herrschaft war richtig und gerecht.

Hinter dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stehen nicht die Interessen der Rüstungsindustrie und des imperialen Amerika, sondern es ist das imperiale Denken Russlands, das die Unabhängigkeit und die Selbstverantwortung der Ukraine nicht akzeptiert. Dieser Krieg ist weder im Interesse der Ukraine, noch im Interesse der russischen Bevölkerung oder der Europäer. Aber er ist im Interesse des russischen Regimes, das seit 2011/2012 mit der Rückkehr Putins ins Präsidentenamt systematisch jede Form von zivilgesellschaftlicher Autonomie zerstört. Damit wurde der Medienpluralismus in Russland untergraben und Menschenrechtlern, Nichtregierungsorganisationen, und Journalisten, die vom Ausland finanziell unterstützt wurden, jede Daseinsberechtigung weggenommen. Memorial, eine bedeutende russische Menschenrechtsorganisation, ist verboten und ihres Eigentums beraubt worden. In Russland hat sich ein autoritäres, aggressives, revisionistisches Regime herausgebildet. Dies ist die Entwicklung, seit Putin 2005 gesagt hat, dass die Auflösung der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jh gewesen sei und dass er Schritt für Schritt alles daransetzen werde, diese Auflösung zurückzudrängen. Zum russischen Imperium gehört in der Wahrnehmung Putins das Kernland Ukraine, genauso wie Belarus, was der orthodoxe Patriarch Kyrill seinerseits als die heilige Rus bezeichnet. Als 1938 im Münchner Vertrag beschlossen wurde, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, hat dies niemand ernst genommen. 1939 haben die Nazis Polen überfallen und danach die anderen Länder Europas. Somit ist seit 1938 der Revisionismus wieder aktuell in Europa.

Sapper kritisiert Saha Wagenknechts und Alice Schwarzers Manifest, weil es nicht festhält, dass am 24. Februar 2022 Russland die Ukraine überfallen hat, und die Täter der Morde und Verwüstungen nicht beim Namen genannt werden. Kein einziges Wort fällt für die Beendigung der russischen Waffenlieferungen an die russische Armee, die in der Ukraine kämpft, während dem ukrainischen Präsidenten vorgeworfen wird, er verlange Waffen vom Westen, um sein Land zu verteidigen. Anstatt Scholz müsste der Aufruf dieses Manifestes Putin als Adressaten haben.

## Budapester Vertrag 1994

In der Spätphase der Sowjetunion sind amerikanische Vertreter in Kiew vor der Werchowna Rada dafür eingetreten, dass die Ukraine Teil Russlands bleibt, und sie waren gegen die Unabhängigkeit des Landes. 1994 ist Amerika mit allen westlichen Staaten dafür eingetreten, dass die nuklearen Mächte Belarus, Ukraine und Kasachstan ihre Atomwaffen an Russland oder an Amerika abgeben sollen, damit sie vernichtet werden. In dem Jahr haben die Amerikaner mit den Russen, den Briten und der Ukraine den Budapester Vertrag unterschrieben, der die territoriale Integrität der Ukraine garantiert, wenn sie ihre Atomwaffen abgibt. Aber die Russen haben 2014 diese territoriale Integrität der Ukraine zerstört, ohne dass Briten und Amerikaner etwas unternommen haben. Dies gibt diesen Garanten des Budapester Vertrag heute die Legitimation, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, damit die territoriale Integrität des Landes wieder hergestellt wird. Nach dem Budapester Vertrag haben die Amerikaner sich weitgehend aus Europa zurückgezogen und es entspricht „altem Denken“, so Sapper, dass die Amerikaner ein Interesse an Europa hätten. Ihr Interesse gilt vor allem der südostpazifischen Konfliktlage, wo China seine Macht ausdehnt. Obama hat Russland sogar als „unwichtige Regionalmacht“ bezeichnet. Aus europäischer Sicht ist die Fixierung auf die USA wichtig gewesen von den siebziger bis zu den neunziger Jahren des 20. Jh. Aber die Fixierung auf die USA zur Erklärung für den Krieg Russlands gegen die Ukraine ist empirisch nicht haltbar. Sie trifft politisch nicht zu, hilft vielleicht bei der Klärung der Frage nach den Schuldigen. Sogar die deutschen Rüstungskonzerne sind nicht mächtig genug, um Putin anzutreiben, die Ukraine zu überfallen, damit ihre Verkaufsaufträge steigen.

Auf die Überlegungen eines Gastes im Saal, warum gerade die Amerikaner und nicht Europa die Ukraine stark mit Waffen unterstützt hätten, wie lange diese Unterstützung dauern und wann Europa die volle Verantwortung für die Unterstützung der Ukraine übernehmen werde, sagt Sapper, dass Putins Krieg bis jetzt das Gegenteil erreicht habe von dem, was er habe erreichen wollen. Er hat die „hirntote NATO“ (Emmanuel Macron) oder „obsoletere NATO“ (Donald Trump) wieder nach Europa gebracht, hat sie wiederbelebt, hat die Europäische Union mit ihren vielfältigen Konflikten geeint und hat neutrale Staaten wie Finnland und Schweden dazu gebracht, an der Tür der NATO anzuklopfen. Seit 1945 haben auch die Europäer zum ersten Mal wieder einen starken territorialen Krieg, was sie sich nicht mehr haben vorstellen können. So wie heute ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht mehr vorstellbar ist, hat man bis vor kurzem gedacht, dass dies für den ganzen europäischen Raum gelte. Es kann sein, dass dieser Krieg zu einer Neugründung des Selbstverständnisses der Europäischen Union und der NATO führt und die Europäer einsehen, dass Freiheit und Selbstbestimmung nicht selbstverständlich für Russland sind. Die Annahme, dass die USA permanent die Ukraine militärisch unterstützen werden, ist falsch. Wenn in dieser Situation Trump Präsident gewesen wäre, wäre die Ukraine schon vernichtet. Der Krieg hätte als Blitzkrieg ein relativ schnelles Ende gefunden. Auch die Idee der OSZE oder einer regelbasierten internationalen Ordnung ist zerstört. Das Verständnis der Europäischen Union und die Grundprinzipien von dem, was wir aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt haben („Nie wieder sollen Staaten andere Staaten überfallen; nie wieder sollen Territorien widerrechtlich annektiert werden; nie wieder sollen Grenzen mit Gewalt verschoben werden“) ist mit diesem Krieg zerstört worden. Dies ist der Grund, warum eine radikalpazifistische, gesinnungsethische Haltung im Ukrainekrieg falsch ist. Sie ermöglicht keine verantwortbare Lösung, wie man mit dem Angriffskrieg Putins umgehen sollte. Putin

ist ein Revisionist und verfolgt aggressive und kriegerische Ziele, die von den Europäern bis vor diesem Angriffskrieg unterschätzt worden sind.

## **Machtlose Vereinte Nationen (UNO)**

Wieso muss man auf China warten, damit ein Friedensplan vorgelegt wird, und warum können die Vereinten Nationen dies nicht tun? Darauf antwortet Sapper, dass diese Organisation der Weltgemeinschaft von Anfang an ein Geburtsfehler unterliege. Die Sieger und Nuklearmächte des Zweiten Weltkrieges haben alle ein Vetorecht, was Russland erlaubt, bei einem Friedensplan sein Vetorecht gelten zu lassen. Die Vertretungen der Weltgemeinschaft haben zweimal seit Anfang des Krieges versucht, mit Resolutionen einen „Druck“ für eine Beendigung des Krieges aufzubauen. Dabei hat zweimal eine überwältigende Mehrheit für eine Beendigung des Krieges gestimmt. Letztlich haben 141 Staaten die Resolution unterstützt, dass Russland seine Truppen aus der Ukraine zurückzieht. Nur sieben waren auf der Seite Russlands bei 35 Enthaltungen. Obwohl eine Mehrheit der Staaten im Raum der Vereinten Nationen für den Rückzug der russischen Truppen gestimmt hat, erwächst daraus noch kein Friedensplan. Dies bleibt allerdings ohne Folgen wegen der Vetomacht Russlands. Es gibt keine Aussichten darauf, dass von einer dritten Partei ein Friedensplan kommt. Bis jetzt sieht es so aus, dass nur diejenigen, die den Krieg begonnen haben, ihn beenden können. Putin kann den Krieg sofort beenden. Nur dann kann es zu Friedensverhandlungen kommen, wenn beide Kriegsparteien die Einsicht gewinnen, dass die Fortsetzung des Krieges schlechter als ein sofortiger Waffenstillstand und eine Verhandlung über den Status quo ist. Die Ukraine ist nicht dazu bereit, weil 100.000 Menschen getötet worden sind, und sie sich die Frage stellt, wozu die eigentlich gestorben sind. Putin ist kein Jota dazu bereit, davon abzurücken, die Ukraine zu entnazifizieren, zu demilitarisieren, das Regime zu stürzen und die vier annektierten Gebiete als nicht verhandelbarer Teil der russischen Föderation abzutreten. Diese beiden Positionen schließen einander für jegliche Friedensverhandlungen aus. Solange dies der Fall ist, wird es keinen Frieden geben. Die Chinesen haben kein Interesse an einer Beendigung des Krieges, trotz ihres Zwölf-Punkte-Friedensplanes, denn die Amerikaner sind mit Waffen- und Geldlieferungen in die Ukraine vom Pazifik abgelenkt, wo China seine Macht gegen Taiwan ausdehnt. Übrigens schließen sich in diesem chinesischen Plan zwei Dinge aus: China erinnert an die territoriale Integrität, um gleichzeitig hinzuzufügen, dass die legitimen Interessen der Nachbarstaaten zu berücksichtigen seien.

## **Die NATO – Osterweiterung**

Hinter der Rechtfertigung Russlands zum Krieg steht eine defensive Haltung, die sich gegen die Osterweiterung der NATO und gegen den amerikanischen Imperialismus wehrt, so Putins Verlautbarung kurz vor dem Angriffskrieg vom Februar 2022. Er will den Faschismus in der Ukraine bekämpfen, sowie den Genozid an den ethnischen Russen in der Ostukraine. Dies ist für ihn die Legitimation, die er dem russischen Volk verkündet, damit die militärische Spezialoperation in der Ukraine stattfindet. Daran schließt Putin die außenpolitische Dimension, dass die Amerikaner und der gesamte Westen mit der NATO-Osterweiterung an der militärischen Intervention Russlands schuld sind, da sie die russische Sicherheit bedrohen. Es ist momentan eine Radikalisierung dieser Position bei Putin festzustellen. So behauptet er, dass Russland sich im Kampf gegen den westlichen Satanismus befindet. Dies



ist genau das Denken des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill. So rechtfertigt Putin ideologisch-politisch diesen Verteidigungskrieg nach innen, der für ihn eine militärische Spezialoperation ist.

### **Wieso kein Kriegstribunal?**

Auf die Frage, warum es unmöglich sei, ein Kriegstribunal auf die Beine zu stellen, um die Täter dieses Krieges zu verurteilen, antwortet Sapper, dass es extrem kompliziert sei, eine völkerrechtliche Strafverfolgung zu initiieren. Weder Russland noch die Ukraine haben das römische Statut unterzeichnet, das eine solche Verfolgung möglich macht. Das Kriegstribunal von Den Haag kann in diesem Fall auch nicht ermitteln. Die Ukraine unterwirft sich dieser Jurisdiktion, indem sie sagt, dass der Angriffskrieg gegen den ukrainischen Staat gerichtet sei und auf ihrem Territorium die Kriegsverbrechen stattfänden. Es wird aber momentan an einem Sondertribunal gearbeitet, weil die Ukraine unglaublich viele Beweise gesammelt hat, die die russischen Kriegsverbrechen dokumentieren. Sie tut es als Ermittlungsbehörde und durch Nichtregierungsorganisationen, die zehntausende von Fällen bisher erfasst haben. Dieser Krieg ist komplett anders als andere Kriege, weil alle Menschen mit ihren Smartphones aufzeichnen, was passiert. Das Grauen von Butscha ist so zuallererst von einem Mann aufgezeichnet worden, der versteckt in einer Scheune zugesehen hat, wie die Fallschirmjäger aus Pskov die Zivilisten gefesselt und auf der Straße nacheinander erschossen haben. Er hat diese Aufzeichnungen anschließend sofort der ukrainischen Strafermittlungsbehörde übergeben. Mit diesem Material hat die Ukraine bis jetzt versucht, einzelne Täter, die Kriegsverbrechen begangen haben, strafrechtlich zu belangen. Bisher sind eher junge Verbrecher (Alter knapp über zwanzig Jahre) der russischen Soldateska verurteilt worden. Aber an die großen Fische, an den Präsidenten, die Immunität genießen, kommt man nicht heran. Es sei denn, es würde ein Strafbefehl von einem Staat ausgehen. Im Prinzip kann dies jeder Staat gemäß dem Strafweltprinzip, aber die Bundesanwaltschaft in Deutschland scheut davor zurück, weil sie glaubt, daß dies nur ein symbolischer Akt sei. Nur falls z.B. in Russland der Zusammenbruch des Regimes erfolgen würde, wäre es möglich, Putin, Shoigu, Patruschew (Chef des Sicherheitsrats der russländischen Föderation) und der anderen russischen Hauptverantwortlichen des Krieges habhaft zu werden. Solange Krieg herrscht, ist eine strafrechtliche Verfolgung nicht möglich. Ein Prozess nach Nürnberger Vorbild oder wie im Falle des Jugoslawientribunals, bei dem Milosevic, Mladic und andere angeklagt wurden, ist momentan politisch nicht umsetzbar.

### **Fortsetzung des Abnutzungskrieges**

Es besteht die Möglichkeit, dass dieser Krieg ein Abnutzungskrieg wird und dies bis zu seinem Ende sein wird. Die Hoffnung, dass mit einem Stopp der westlichen Waffen der Krieg aufhört, ist nicht gegeben. Die Fakten sprechen nämlich dagegen, weil festgestellt worden ist, dass es in den Gebieten, die Russland besetzt, zu Foltern, Deportationen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kommt. Die Texte von Aseiv, einem Journalisten, der in der Ostukraine lange in einem Konzentrationslager war, belegen dies. Es hat kein Krieg mehr geherrscht, aber die Verbrechen an der zivilen Bevölkerung sind weitergegangen. Ein Stopp der Waffenlieferungen führt zur Aufgabe, zum Fall der Ukraine. Dies bedeutet nicht, dass der revisionistische Kurs des Putin-Regimes beendet ist. Es besteht die Sorge, dass im

nächsten Schritt die Moldawier, die Georgier oder die baltischen Staaten von Russland angegriffen werden.

## **Neue europäische Friedensordnung mit Russland nicht in Sicht**

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Westen vor der UdSSR durch den Eisernen Vorhang geschützt. 1991 ist dieser abgebaut und Handelsbeziehungen mit Russland sind ausgebaut worden. Welche Beziehungen wird Europa nach dem Krieg mit Russland haben? Auf diese Frage weiß Sapper keine Antwort. Er weist jedoch darauf hin, dass die Ukraine in Zukunft ihre ganze Politik auf die Sicherheit des Staates gegenüber Russland aufbauen wird. Es wird kein Vertrauen mehr in russische Politiker haben, egal, was sie sagen werden. Denn seit 2004 versucht Russland, die Ukraine zu destabilisieren und zu besetzen. Russland ist nicht dazu bereit, die Gültigkeit der staatlichen Grenzen anzuerkennen. Das war mit der UdSSR, die an dem Status quo interessiert war, nicht der Fall.

Wenn die Ukraine den Krieg verliert, wird sie als Staat verschwinden und weitere Millionen Menschen werden das Land verlassen. Wenn die Ukraine den Krieg gewinnt, wird in dem Land klar die absolute Priorität dem Sicherheitsinteresse gelten. Alles andere wird dem untergeordnet sein. Russland wird als revanchistische Macht bestehen bleiben, falls es diesen Krieg verliert. Der gemeinsame Weg Europas mit Russland ist vorbei. Es wird mehrere Jahrzehnte brauchen, bis wieder Vertrauensbildung in Europa mit Russland möglich sein wird. Wie sollen die Ukrainer einem einzigen russischen Politiker vertrauen? Sie sind zwanzig Jahre immer wieder belogen worden: mit der versuchten Vergiftung des Präsidenten 2004, der Einmischung im Maidanaufstand, der Besetzung der Krim, dem Beginn des Krieges in der Ostukraine usw. Es braucht mindestens eine Generation, bis eine neue Friedensordnung, Russland eingeschlossen, möglich sein wird.

Sapper schließt seinen Vortrag mit der Befürchtung, dass in Zukunft die Konfliktlage einerseits von autoritären Diktaturen wie Russland und China und andererseits von liberal-demokratischen Staaten bestimmt wird. Es ist keine angenehme Perspektive, aber die realistischere.